

9 Politischer, (sozial)pädagogischer und wissenschaftlicher Ausblick

Dieses Kapitel setzt sich aus einem politischen, einem (sozial)pädagogischen und einem wissenschaftlichen Ausblick zusammen, wobei die beiden ersten in einem direkten Zusammenhang mit den Darstellungen der Jugendlichen stehen. Die Kritikpunkte, die die Jugendlichen vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen (aber auch darüber hinaus) an der Polizei äußern, lassen sich in vielerlei Hinsicht an politische und auch (sozial)pädagogische Diskurse anschließen und bieten somit die Möglichkeit, einen Ausblick zu formulieren. Der dritte Ausblick steht vor allem im Zusammenhang mit meinen Beobachtungen im Feld und der Reflexion der eigenen Rolle, die auch im Auswertungsprozess berücksichtigt wurde, sowie der Reflexion der Erhebungsmethode vor dem Hintergrund der gesamten Studie. Im wissenschaftlichen Ausblick werde ich zudem reflektieren, welche Grenzen die Studie aufweist, welche Fragen sich im Prozess ergeben haben und inwiefern sich andere Studien an die vorliegende Studie anschließen lassen könnten. Beginnen werde ich mit dem politischen Ausblick.

9.1 Politischer Ausblick

Viele Deutungen und Darstellungen der Jugendlichen lassen sich an bestehende politische Debatten anschließen oder können sogar zu deren Ergänzung herangezogen werden. Politisch ist der Ausblick in dem Sinne, dass ein adäquater Umgang mit dem gesellschaftlichen Problemfeld Racial Profiling erarbeitet wird, der auf eine gesamtgesellschaftliche Verbesserung abzielt. Tatsächlich ist das Feld politisch auch sehr stark aufgeladen: Vor allem in antirassistischen und linken, aber mittlerweile auch in linksliberalen Kontexten wird das Thema Racial Profiling momentan intensiv diskutiert. Sogar in der parlamentarischen Politik ist das Themenfeld »Rassismus bei der Polizei« (Tagesschau 2021) angekommen und sorgt dort für hitzige Debatten. Im Zentrum dieser Diskussion steht eine Studie, die in erster Linie Vorurteile von Polizist*innen, aber auch die konkrete Praxis der Polizei untersucht (vgl. ebd.). Einen wichtigen Einfluss auf diese Debatte dürfte neben den vielen zivilpolitischen Forderungen die Empfehlung der Europäischen